

Die "Freiheit" erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 19,- M. im voraus zahlbar, von der Expedition selbst abgeholt 2,50 M. Für Postbezug nehmen sämtliche Postämter Bestellungen entgegen. Unser Streifenband besorgt für Deutschland und Österreich 16,50 M., für das übrige Ausland 21,50 M. einschließlich Postumschlag, per Brief für Deutschland und Österreich 30,- M. Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 8-9.

Die achtspaltige Annoncenzeile ober dem roten Balken kostet 1,- M. einschließlich Erzeugungsbeitrag. Kleine Anzeigen; Das festgedruckte Wort 2,- M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Erzeugungsbeitrag. Einzelzeile Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Anfragen 3,20 M. netto pro Zeile. Stellen-Anfrage in Wort-Anzeigen: das festgedruckte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1,- M. Fernsprecher: Zentrum 2030, 2645, 4516 4603, 4635, 4649, 4921.

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Die Wiedergutmachung

Ueberreichung der deutschen Wiedergutmachungsvorschläge

Spaa, 11. Juli.
Bei Beginn der heutigen Sitzung teilte der Vorsitzende, Ministerpräsident Delacroix mit, daß der britische Ministerpräsident unwirksam sei und daß daher die Entscheidung in der Kohlenfrage, über die die beiderseitigen Sachverständigen seit gestern beraten hätten, bis zur morgigen Sitzung verschoben werde. Er richtete daher an die deutschen Delegierten die Frage, ob sie bereit seien, die von ihnen für heute nachmittag zugesagten Wiedergutmachungsvorschläge vorzulegen.
Reichsminister Dr. Simons entgegnete, die deutschen Wiedergutmachungsvorschläge seien fertiggestellt und hätten der Konferenz im Laufe dieses Nachmittags zugehen sollen. Er habe indessen unmittelbar vor der Sitzung erfahren, daß bei den Kommissionsverhandlungen zwischen den beiderseitigen Sachverständigen für die Kohlenfrage keine Einigung erzielt worden sei. Wegen der grundlegenden Bedeutung der Kohlenindustrie für das deutsche Wirtschaftsleben sei die deutsche Delegation nicht imstande, Vorschläge für die Wiedergutmachung vorzulegen, solange die Kohlenfrage unerledigt sei.

Ministerpräsident Millerand erklärte, daß ihn diese Mitteilung beunruhige. Er verlas den Bericht der alliierten Sachverständigen, betonte indessen, daß die Entscheidung der alliierten Regierungen erst morgen stattfinden werde, und ersuchte erneut um Ueberreichung der deutschen Wiedergutmachungsvorschläge.

Reichsminister Dr. Simons führte darauf aus, daß nach dem von Herrn Millerand verlesenen Bericht von Deutschland monatlich das Zweieinhalbfache des in dem deutschen Kohlenwirtschaftsvorschlag angeführten Kohlenquantums verlangt werde, wovon der deutschen Industrie nur ein Drittel ihres notwendigen Kohlenbedarfs verbleiben würde. Auf sein Ersuchen wurde die Sitzung für den Zweck einer internen Besprechung der deutschen Delegation kurze Zeit verlagert.

Nach Wiederaufnahme der Sitzung erklärte Reichsminister Dr. Simons, daß die deutschen Delegierten angesichts der Versicherung der Herren Millerand und Delacroix, daß die Entscheidung in der Kohlenfrage erst morgen gefaßt werden werde, beschließen haben, die deutschen Wiedergutmachungsvorschläge zu überreichen und händigte mehrere Exemplare derselben dem Generalsekretär der Konferenz ein. Er ersuchte dabei die Konferenz, die Gesamtheit der deutschen Verpflichtungen aus dem Friedensvertrage an der Hand dieser, als ein unteilbarer Plan anzusehender Vorschläge zusammen mit der Kohlenfrage zu prüfen und vorläufig eine Entscheidung in letzterer anzusehen. Weiter betonte der Minister, daß nach Auffassung der deutschen Delegierten der Zweck der Konferenz von Spaa der sein sollte, anstelle der einseitigen Festsetzung der deutschen Leistungen aus dem Friedensvertrage in Gemäßheit des Artikels 233 durch die Wiedergutmachungskommission eine Festsetzung auf Grund freier gegenseitiger Aussprache treffen zu lassen.

Ministerpräsident Millerand entgegnete unter Verlesung des in San Remo gefaßten Beschlusses, daß der Vertrag von Versailles einschließlich des Artikels 233 die Grundlage der Beziehungen zwischen Deutschland und den alliierten Mächten bleibt. Die Sitzung wurde darauf am Montag, 11. Juli vormittag, verlagert.

Der deutsche Kohlenwirtschaftsplan.

Spaa, 11. Juli.
Der den Alliierten von Deutschland vorgelegte Kohlenwirtschaftsplan lautet:

Unter der Voraussetzung, daß die Walförderung im Durchschnitt pro Arbeitstag erhalten und wie im Monat Mai zur Verfügung des Reichskommissars für Kohlenverteilung in Deutschland bleibt, bieten wir den alliierten Mächten eine Menge von 44 000 Tonnen im Durchschnitt pro Arbeitstag zur bevorzogenen Lieferung an. Deutschland's Industrie, Landwirtschaft und Hausbrand werden bei dieser Produktion und dieser Lieferung an die Entente unter der Annahme, daß gegenüber 1913 kein wesentlicher Mehrbedarf eingetreten ist, nur mit rund 58 Prozent des Verbrauchs von 1913 beliefert, wie folgende Tabelle anzeigt:

Bei Berechnung dieses Prozentsatzes ist der Mehrverbrauch infolge harter Qualitätserschlechterung der Kohle nicht berücksichtigt worden. Wie beabsichtigt, 50 000 Bergleute jährlich neu einzustellen und für sie die erforderlichen Wohnungen zu bauen. Wir erwarten hier von einer Mehrförderung von 0,7 Tonnen pro Mann und Tag. Von der Mehrförderung, die über den arbeitsmäßigen Durchschnitt im Monat Mai 1920 (rund 44 000 Tonnen bei 23 Arbeitstagen) erreicht wird, erhalten die alliierten Mächte für das erste Jahr von jetzt an gerechnet 40 Prozent, für das nächste Jahr 25 Prozent, während die restlichen Prozente zur freien Verfügung Deutschlands verbleiben müssen.

L. H. Spaa, 12. Juli.

Ueber die Beratungen der Sachverständigen in der Kohlenfrage verläutet, daß die Franzosen im wesentlichen an den von Millerand in der Konferenz vorgelegten Entscheidungen festhielten. Wie der Sonderberichterstatter der Telegraphen-Union meldet, wurde von den bekanntesten Punkten dieser Entschliessung nur in Punkt 3 ein Zugeständnis gemacht, und zwar in der Richtung, daß die in Berlin einzusetzende Kontrollkommission sich nur allgemein mit dem Verteilungsplan der Kohlen in Deutschland zu befassen, nicht aber in die Frage der Einzelbelieferung einzugreifen habe. Ueber die genauere Auslegung dieser recht unklaren Bestimmung ist vorläufig noch nichts entschieden worden.

Von deutscher Seite war als Grundleistung 1 Million Tonnen monatlich zugestanden worden, die je nach der Vermehrung der Produktion erhöht werden sollte. Später wurde diese Menge auf 44 000 Tonnen pro Arbeitstag berechnet und den Alliierten vorgeschlagen. Dabei wurde von deutscher Seite betont, daß die Erfüllung dieser Leistung von einer ganzen Reihe besonderer Umstände abhängig sei und es sich daher nicht um ein festes Programm handeln könne. Die Gegenseite lehnte jedoch diesen Einwand entschieden ab und bestand auf einer festen Verpflichtung von 2 1/2 Millionen Tonnen monatlich.

Mit Rücksicht darauf, daß eine solche Leistung die deutsche Industrie um ein volles Drittel ihrer Vorkriegsleistung berauben und dadurch mit Sicherheit die schwersten wirtschaftlichen und sozialen Schäden herbeiführen würde, lehnten nicht nur die Vertreter des deutschen Unternehmertums, sondern ebenso entschieden die der deutschen Arbeiterschaft die Forderung der Alliierten auf monatliche Lieferung von 2 1/2 Millionen Tonnen ab. Hue erklärte dabei, er sei bereit den gegnerischen Vorschlag anzunehmen, wenn die französische Regierung ihrerseits die Verpflichtung übernehmen wolle, für die Hunderttausende von Deutschen zu sorgen, die dadurch arbeitslos und auf die Straße gesetzt werden würden.

Die polnische Note in Spaa

Spaa, 12. Juli.
Der polnischen Frage scheint bei den Besprechungen der Alliierten eine ziemlich wichtige Beigemeinschaft zu werden. Die polnische Abordnung auf der Friedenskonferenz hat von ihrer Regierung eine Note erhalten, in der die Bereitwilligkeit, mit Sowjetrußland auf der Grundlage der Selbstbestimmung der Völker Frieden zu schließen, zum Ausdruck gebracht wird. Diese Note ist der polnischen Abordnung zur Mitteilung an die Friedenskonferenz übersandt worden, aber bei der telegraphischen Uebermittlung sind so viele Verstümmelungen vorgekommen, daß man um eine Wiederholung derselben ersuchen mußte. Man hofft, daß diese Wiederholung der Note eintreffen wird, bevor die Konferenz zu Ende ist.

Sitzung des Obersten Rates

Spaa, 11. Juli.
Der Oberste Rat hielt heute eine Sitzung ab. Er beschäftigte sich mit dem türkischen Friedensvertrag. Die Antwort wird dem türkischen Delegierten endgültig am 17. Juli übergeben werden. Sie enthält einige Abänderungen zugunsten der Türkei.
In der Leschener Frage ist eine Volksabstimmung vorgeesehen. Die Tschechoslowaken und die Polen lehnen sie jedoch ab und schlagen einen Schiedspruch des belgischen Königs vor.
In der Danziger Frage wurde die Verwaltung gemäß Artikel 104 des Friedensvertrages einer gemischten, aus Danzigern und Polen bestehenden Kommission übertragen.

In Spaa sind die militärischen Fragen abgelöst worden von den wirtschaftlichen. Man kann ruhig behaupten, ohne die Entwaffnungsfrage in ihrer Bedeutung zu unterschätzen, daß diese wirtschaftlichen Dinge doch von weitaus größerer Wichtigkeit sind. Die Lösung des Kohlenproblems und die Wiedergutmachung sind je nach ihrem Inhalt von entscheidendem Einfluß auf die weltwirtschaftlichen und weltpolitischen Beziehungen und Kräfteverhältnisse der Zukunft. Deshalb genügt es nicht, diese Fragen vom rein deutschen Standpunkt aus zu sehen, ebensowenig, wie es genügt, sie nur aus der Perspektive einer bestimmten wirtschaftlichen Interessengruppe zu beurteilen. Hier ist internationale Einstellung nötig. Es ist nötig, zu erkennen, daß trotz oder gerade wegen des verheerenden Krieges die Staaten nach Nationen heute mehr als jemals darauf angewiesen sind, gemeinsam an der Beseitigung der Kriegsnöte und der Wiederherstellung wirtschaftlich und politisch erträglicher Zustände zu arbeiten. Für den Sozialisten kommt noch hinzu, darauf hinzuwirken, daß diese politische und wirtschaftliche Neuordnung der Welt sich in Bahnen vollzieht, die dem internationalen Proletariat eine seiner Bedeutung und seiner zahlenmäßigen Stärke entsprechende Mitwirkung sichern.

Denn das ist das Kennzeichen der Konferenz von Spaa: Es verhandeln dort ausschließlich kapitalistische Mächtegruppen, die nicht nur sich vollständig der Mittel der alten Diplomatie bedienen, sondern auch ausschließlich vom alten Macht- und Interessenstandpunkt beseelt sind. Einmal klopft sie jetzt das neue Weltbewußtsein auf den Verhandlungstisch von Spaa. Das geschah, als Hue den alliierten Ministerpräsidenten zurief, daß sie ja nicht glauben sollten, am grünen Tisch irgendetwas feststellen zu können, wenn die Arbeiter nicht bereit wären, das auszuführen. Und weiterhin wies Hue mit vollem Recht darauf hin, daß nur die internationale Regelung der Kohlenfrage erfolgversprechend ist. Stellt man die Ausführungen von Hue und Stinnes einander gegenüber, so wird sofort der ganze Gegensatz der großkapitalistischen und sozialistischen Auffassung klar. Stinnes arbeitete mit nationalistischen Argumenten, die den Wert seiner sachlichen Ausführungen natürlich herabmindern mußte. Aber auch seine sachlichen Äußerungen blieben an der Schilderung der allgemeinen

Schwierigkeiten haften, ohne den bestreidenden Ausblick zu finden.

Das ist ein bedeutsames Moment. Es brachte den versammelten Herrschaften mit Deutlichkeit zum Bewußtsein, daß die einzige wirkliche Lösung des Problems in der internationalen, sozialistischen Organisation der Produktion liegt. Natürlich ist nicht anzunehmen, daß die von dem Vertreter der Bergarbeiter vertretenen Grundsätze schon jetzt von den Herren in Spaa als einzige Möglichkeit empfunden werden. Dazu genügt nicht ein Privatistismus, sondern dazu bedarf es der kräftigen Aktion des Weltproletariats. Aber es ist von größter Wichtigkeit, festzustellen, daß auf dieser Konferenz in der schwierigsten Frage der Sozialismus triumphierte.

Die Abstimmungsgebiete Deutsch!

Die gestrige Abstimmung in Ost- und Westpreußen, die überall ruhig und ohne Zwischenfälle verlaufen ist, hat ein für Deutschland über Erwarten günstiges Ergebnis gebracht. Die Mehrheit, die sich für das Verbleiben der Abstimmungsgebiete bei Deutschland aussprach, ist nach den bisherigen Ergebnissen viel größer, als zu erwarten war. Wenn auch an und für sich mit einer deutschen Mehrheit gerechnet werden konnte, so rechnete man doch mit der Möglichkeit, daß in dem einen oder anderen Bezirke die Polen eine Mehrheit erzielen würden. Nach den bisherigen Ergebnissen ist das aber nirgends der Fall. Ueberall sind gewaltige deutsche Mehrheiten zu verzeichnen.

Zu diesem Ergebnis hat die Haltung der Arbeiterschaft und der Unabhängigen Sozialdemokratie wesentlich beigetragen. Die überaus reaktionäre Haltung der polnischen Regierung, die Erschießung der 17 Graudener Arbeiterführer, der polnische Krieg gegen Sowjetrußland hatten der Arbeiterschaft gezeigt, daß sie bei der Zugehörigkeit zu Polen neben wirtschaftlicher auch schwerer politischer Entrechtung ausgesetzt und ihr Kampf gegen den Kapitalismus wesentlich erschwert sein würde. Das alles hatte sowohl die in Ost- und Westpreußen anwesigen Arbeiter als auch die Abgewanderten veranlaßt, für das Verbleiben bei Deutschland einzutreten.

Ihre Abstimmung ist deshalb keine nationalistische Kundgebung, kein Sieg des deutschen über den polnischen Gedanken, vielmehr ein Bekenntnis zum Klassenkampf, dessen Bedingungen durch diese Abstimmung eine Förderung erfahren sollen.

Ueber die allgemeinen politischen Wirkungen der Abstimmung wird zu sprechen sein, wenn das Gesamtergebnis vorliegt. Wir registrieren im folgenden die einzelnen bisher vorliegenden Ergebnisse.

Das vorläufige Ergebnis

Berlin, 12. Juli.
Vorläufiges Abstimmungsergebnis in Westpreußen: 99 316 abgegebene Stimmen, davon 91 834 deutsch, 7882 polnisch. Demnach: 92 Prozent deutsch, 8 Prozent polnisch. 29 kleine Distrikte stehen noch aus. Ostpreußen: 361 063 abgegebene Stimmen, davon deutsch 353 655, polnisch 7408. Also 97,9 Prozent deutsch, 2,1 Prozent polnisch. 63 kleine Wahlbezirke stehen noch aus. Einzelergebnisse: Westpreußen: Kreis Marienburg: 17 437 deutsch, 183 polnisch. Kreis Stuhm: 18 298 deutsch, 4919 polnisch. Kreis Marienwerder: 22 215 deutsch, 1506 polnisch. Kreis Rosenberg: 33 684 deutsch, 1074 polnisch. Ostpreußen: Allenstein Stadt: 16 742 deutsch, 342 polnisch. Allenstein Land: 30 444 deutsch, 4423 polnisch. Kreis Osterode: 46 108 deutsch, 1030 polnisch. Kreis Reidenburg: 22 196 deutsch, 320 polnisch. Kreis Riedenburg: 43 999 deutsch, 449 polnisch. Kreis Johannisburg: 33 627 deutsch, 14 polnisch. Kreis Sensburg: 34 064 deutsch, 25 polnisch. Kreis Rößel: 33 227 deutsch, 757 polnisch. Kreis Pöthen: 29 025 deutsch, 9 polnisch. Kreis Gyd: 35 574 deutsch, 37 polnisch. Kreis Diehlo: 28 649 deutsch, 2 polnisch.

Marienwerder, 12. Juli.

Die Abstimmung in Westpreußen stellt sich als ein ungeheurer deutscher Sieg dar. Nach den bis 2 Uhr morgens vorliegenden Ergebnissen sind für Deutschland 59 827 und für Polen 5144 Stimmen abgegeben worden. 118 Distrikte bzw. Gemeinden haben sich für Deutschland und 16 Gemeinden bzw. Distrikte für Polen ausgesprochen.

Danzig, 11. Juli.

Bis 12 Uhr nachts lagen aus dem westpreussischen Abstimmungsgebiet folgende Resultate vor: Stadt Marienburg 9977 deutsch, 156 polnisch, 30 ungültige Stimmen; Stadt Riezenburg 3323 deutsch, 59 polnische Stimmen; Stadt Rosenberg 2430 deutsch, 8 polnische, 5 ungültige Stimmen; Stadt Stuhm 2075 deutsch, 749 polnische, Stadt Deutsch-Eylau 4746 deutsch, 235 polnische Stimmen, Stadt Bilschowswerder 1272 deutsch und 227 polnische Stimmen.

Waffenstillstandsangebot der Alliierten an Sowjetrußland

Spaa, 11. Juli.

Die Alliierten haben der Sowjetregierung den Abschluß eines Waffenstillstandes mit Polen vorgeschlagen, auf Grund der Voraussetzung, daß die Polen sich hinter ihre rechtmäßigen Grenzen zurückziehen. Dem Waffenstillstand würde dann eine Friedenskonferenz aller Randstaaten folgen. Wenn die Sowjetregierung ablehnt, oder wenn sie die Polen innerhalb ihrer eigenen Grenzen angreift, so werden die Alliierten Polen volle Unterstützung zuteil werden lassen.

Nach den vielfachen offiziellen Kundgebungen über die Friedensbereitschaft Sowjetrußlands ist anzunehmen, daß der Vorschlag der Alliierten in Moskau angenommen wird. Er bietet Rußland insofern Genugtuung, als die Polen gezwungen werden, sich hinter ihre rechtmäßigen Grenzen zurückzuziehen. Den Polen wird mit ihrer hoffnungslosen militärischen Lage schon nichts anderes übrig bleiben, als diesem Vorschlag zuzustimmen. Sie sind von den Alliierten abhängig und ohne ihre Hilfe stehen sie vor dem Zusammenbruch.

Paris, 11. Juli.

Die Pariser Morgenblätter erklären, daß man sich gestern in Spaa mit der kritischen Lage Polens beschäftigt habe. Lloyd George habe Tischgespräche anwortet, England mache zur Grundbedingung für jede weitere Verhandlung den Abschluß eines Waffenstillstandes mit Polen. „Matin“ sagt, Lloyd George habe in seinem Namen geantwortet, aber im Einverständnis mit Frankreich, Italien und Japan. Er denke nicht daran, Polen im Stich zu lassen, und auch nicht daran, einen Sonderfrieden mit Moskau zu schließen. Die letzten Nachrichten von der polnischen Front seien sehr beunruhigend, die Soldaten gingen zum großen Teil zu den Bolschewisten über oder suchten rumänisches Gebiet zu erreichen, daß ihnen jedoch verschlossen sei. „Matin“ hält auch Mitteleuropa, namentlich Ungarn, für bedroht, wo in jedem Augenblick beim Vormarsch der Roten Armee eine Bewegung zum Sturz des Ministeriums ausbrechen könne.

Ueber den weiteren Verlauf der russischen Offensive gegen Polen liegen zur Stunde keine neuen Meldungen vor. Soviel steht aber fest, daß Polen auf der Suche nach Verbündeten ist, die ihm aus seiner bedrohten Lage helfen sollen. Während England noch schwankt, scheint bereits Frankreich tatkräftige Hilfe leisten zu wollen. Es schiebt einstweilen Rumänien als Verbündeten vor. Nach einer Meldung aus Warschau hat in Bukarest der Vorsitzende der französischen militärischen Mission, General Paget an die rumänische Regierung eine Note gerichtet, in der er von der rumänischen Regierung die Entsendung von Truppen über den Danubius zwecks gemeinsamer Aktion mit der polnischen Armee verlangt. Der Oberbefehl der neuen polnisch-rumänischen Offensive würde in den Händen französischer Offiziere liegen, während das Kommando über die einzelnen Frontabschnitte bei den Offizieren der beiden Nationen läge. Im Kontrat, der unter Vorbehalt des Königs stattgefunden, unterzeichnete der Minister des Äußeren, Take Jonescu, den französischen Vorschlag, während alle anderen Minister dagegen waren. Frankreich war es, daß Polen zur Offensive gegen Sowjetrußland angefeuerd hat, jetzt legt es seine Machinationen fort, um den Brand im Osten eine weitere Ausdehnung zu geben. Die französische Arbeiterklasse muß dieser Abenteuerpolitik jähnen Widerstand entgegenstellen, aus dem Krieg zwischen Polen und Rußland darf kein neues Kesseltreiben gegen Sowjetrußland werden, bei dem die Imperialisten der Entente die Treiber spielen.

Polen setzte inzwischen sein Liebeswerben auch bei den Engländern fort. Der neue Außenminister Sapieha erklärte einem Berichterstatter der „Times“, Polen sei zum Kriege gezwungen worden, es wünsche im Osten kein Land zu besetzen, in dem sich keine polnische Mehrheit befindet, wohl aber müsse es in der Ukraine und in Weißrussien den polnischen Minderheiten seinen Schutz gewähren. Wenn irgendeine internationale Organisation bestünde, die in der Lage wäre, diese polnischen Minderheiten zu schützen, würden die polnischen Truppen unverzüglich zurückgezogen werden. Ob die Ukraine sich später Polen oder Rußland anschließen will, soll ihr überlassen sein, keinesfalls wolle Polen in dieser Beziehung einen Druck auf die Ukraine ausüben. Wie man sieht, vertritt sich die polnische Regierung so gut ans Heucheln, wie alle anderen kapitalistischen Staaten. Nach dem Fehlschlag der Offensive, die lediglich ein Erobererzug nach dem Osten war, will Polen auf einmal nur die Absicht gehabt haben, „Minderheiten“ in Schutz zu nehmen. Mit

berartigen moralischen Verdrämmungen wurde bisher jeder imperialistische Raubzug zu beschönigen versucht, aber es wird Polen noch weniger gelingen, sich damit Freunde zu erwerben, weil die Tatsache nicht aus der Welt zu schaffen ist, daß die Schläge, die es jetzt bekommt, die Rückwirkung jenes grenzenlosen Nachtrauges sind, der alle Friedensangebote Sowjetrußlands illusorisch machte. Polen wollte den Krieg, jetzt hat es keine andere Pflicht, als eine andere Politik einzuschlagen, seine imperialistischen Ziele aufzugeben, und sofort für den Frieden mit Sowjetrußland zu wirken.

Ob Polen allein in der Lage sein wird, die Situation militärisch zu retten, steht sehr in Frage. General Haller ist in Warschau dabei, eine Freiwilligenarmee zu bilden. Diese Hilfe kann für die Front unter Umständen schon zu spät sein, vor allem wenn Rußland noch genügend Reserve und Munition hat, um den Vormarsch weiter fortsetzen zu können. Um den Munitionsmangel Polens zu beheben, sind in Warschau Vertreter englischer Munitionsfabriken zwecks Besprechung mit der polnischen Heeresleitung eingetroffen. Es soll sich um private Abmachung der in Frage kommenden englischen Firmen handeln, mit denen die englische Regierung offiziell nichts zu tun haben soll. An der rumänischen Grenze hat ein Teil der polnischen Armee von den rumänischen Behörden die Erlaubnis verlangt, auf rumänisches Gebiet zu flüchten. Da diese die Neutralität wahren wollten, verweigerten sie die Genehmigung. Die polnischen Sozialisten verlangen den sofortigen Frieden. In der französischen Kammer hat der Abgeordnete Belle eine Interpellation über die Haltung der französischen Regierung angesichts der Ereignisse in Polen eingebracht.

Russisch-kanadische Handelsbeziehungen

Montreal, 10. Juli. (Neuer.)

Die Syndikate, die mit der Sowjetregierung über Warenlieferung für zehn Millionen Dollar abgeschlossen haben, teilen mit, daß die Frage der Kredite befriedigend geregelt worden sei, so daß die Sendungen unverzüglich beginnen können.

Wahlen in Petersburg

Die „Bolsche Zeitung“ läßt sich aus Kopenhagen melden: Die „Krasnaja Gazeta“ berichtet folgende Resultate von den jetzt abzuschließenden Wahlen in Petersburg. Im ganzen wurden 214 Vertreter gewählt, darunter 1679 Kommunisten, 68 Kommunisten-Kandidaten, 468 Parteiloze, 6 Menschenwisten, 2 Anarchisten und 17 Sozialrevolutionäre. Die Studenten, die zum ersten Mal an den Wahlen teilnahmen, wählten 12 Parteiloze und 7 Kommunisten. Die sogenannten Parteilozen haben bereits ihre erste Sitzung abgehalten, in der als die Hauptaufgabe des Landes der Abschluß des Krieges, Reinigung der Verwaltung von schlechten Elementen und die Durchführung fester Arbeitsdisziplin bezeichnet wurde.

Es handelt sich hier offenbar um die Wahlen zum großen Arbeiter- und Soldatenrat von Petersburg, an dessen Spitze Sinowjew steht.

Der Schmock im „Vorwärts“

Der „Vorwärts“ hat, wie die bürgerlichen Blätter, einen Korrespondenten in Spaa, und zwar Herr Viktor Schiff, früheres Mitglied des österreichischen Kriegspresseamts, der genau wie seine bürgerlichen Kollegen in abekster Schmockmanier berichtet. In der Sonntagsausgabe des „Vorwärts“ berichtet er, daß Lloyd George am Sonnabend in der Pause Otto Hue in ein Gespräch gezogen und ihm Komplimente über seine Rede gemacht habe. Dann heißt es im „Vorwärts“ wörtlich:

„Im weiteren Gespräch fragte Lloyd George Hue, ob er den englischen Arbeiterführer Keir Hardie kenne und von seiner Erkrankung gehört habe, was Hue bejahte.“

Wenn Herr Schiff von den englischen Verhältnissen soviel Ahnung hätte wie Lloyd George von den deutschen, so würde er sich diesen Unsinn nicht aus den Fingern gelogen haben. Denn abgesehen davon, daß Lloyd George sehr genau wissen dürfte, daß Hue Keir Hardie so genau gekannt hat wie er, wissen sowohl Lloyd George wie auch Hue, daß Keir Hardie kurz nach Kriegsausbruch gestorben ist.

Der „Vorwärts“, der in der letzten Zeit Herr Viktor Schiff etwas an die Kette gelegt hatte, dürfte also gut tun, wenn er sich für die Folge solche Reinsprüche ersparen will, Herrn Schiff dorthin zu placieren, wo er nach seinen geringen geistigen Fähigkeiten und seiner großen Kumakung hingehört.

Verwerfung des Achtstundentags für die Erwerbslosen. Die Sekretärkonferenz prüfte den endgültigen Text der Konvention über den Achtstundentag. Die Abstimmung ergab 48 Stimmen für und 24 Stimmen gegen das Abkommen. Da jedoch eine Zweidrittelmehrheit notwendig ist, wurde die Konvention als verworfen erklärt.

Der Prozeß gegen die ungarischen Volkskommissare

Budapest, 10. Juli.

In dem Prozeß gegen die Volksbeauftragten wurde heute das Verhör des ehemaligen Volksbeauftragten Bantus fortgesetzt. Der Präsident hielt ihm vor, daß er sich wiederholt im kommunistischen Sinne betätigt habe. Demgegenüber beharrte Bantus dabei, stets ein Gegner des Terrors gewesen zu sein und auch an den Vorbereitungen zur Räteregierung nicht teilgenommen zu haben. Seine Unterschrift auf der Urkunde, welche die Übernahme der Macht durch Bela Kun enthielt, sei gesätigt. Der darauf vernommene ehemalige Volksbeauftragte Gaurich erklärte sich gleichfalls für nichtschuldig. Er habe an den Sitzungen der Räteregierung nicht teilgenommen, auch nicht an der Aufstellung der Roten Armee, welche von Sjamuel und der Schauspielerin Sari Fedak angeworben worden sei. Die Verhandlung wird morgen fortgesetzt.

Die angeklagten Volkskommissare gehören zu den hervorragendsten Führern der ungarischen Arbeiterklasse. Die Prozeßführung wird nach dem sogenannten „Beliebigsten Verfahren“ geführt, das man eigens für die Aburteilung der Sozialisten und Revolutionäre geschaffen hat. Angeklagt sind:

1. Peter Agoston, Professor der Budapestener Universität, bekannter Gelehrter und Fachschriftsteller. Die bedeutendsten seiner größeren Werke sind: „Die Grundlagen des Eigentumsrechtes“, „Das System des Pfandrechtes“, „Die Rechtsgrundlage des Streiks“ (alle 3 Arbeiten sind in mehreren Sprachen übersetzt worden). „Die Geschichte des kirchlichen und weltlichen Großgrundbesitzes in Ungarn“, „Unsere Wege“, „Der Weg der Juden“, „Die Ursachen des Krieges“. Er war händiger Mitarbeiter der Zeitschriften: „Fuzsabit Szabad“ (Das zwanzigste Jahrhundert), „Jodtudomanyi Közlöny“ (Rechtswissenschaftliche Zeitung), „Jogallam“ (Rechtsstaat) und „Sozialismus“. Er ist ein weltberühmter Gelehrter und bekannter Theoretiker des Sozialismus.

2. Franz Bajaks, Eisenarbeiter, war Sekretär der Eisenarbeitergewerkschaft. Eines der wertvollsten Mitglieder der ungarischen Arbeitergeneration.

3. Deszider Bokanyi, ein volkstümlicher beliebter Arbeiterführer, der eine jahrzehntelange aufopfernde Tätigkeit hinter sich hat. Vor der Diktatur war er Direktor der Arbeiterversicherungsanstalt. Er bereicherte die sozialistische Fachliteratur durch viele treffliche Uebersetzungen und Essays. Er hat u. a. Werke von Marx, Laballe, Engels übersetzt und kommentiert.

4. Anton Doozsa, alter Sozialdemokrat, gewesener Präsident des Eisen- und Metallarbeitergewerkschaft.

5. Jozef Haubrich, gewesener sozialdemokratischer Arbeiterführer. „Deinrich Kalmar, war lange Zeit hundert Schriftleiter der Deutschen Volksstimme“. Er hat sich große Verdienste in der ungarischen deutschen Bewegung und bei Einrichtung der Deutschen Schule erworben. Die Karoliregierung betraute ihn mit der Ausarbeitung des auf die Autonomie der Deutschen bezüglichen Gesetzesentwurfes. Tüchtiger Sozialpolitiker. Er war jahrelang Präsident der Preßburger Arbeiterpartei.

7. Jozef Kelen, junger ausgezeichnete Ingenieur, hervorragender Theoretiker der technischen Wissenschaften. Bekannter technischer Schriftsteller, Mitarbeiter der Zeitschrift „Elektrotechnik und Maschinenbau“ und mehrerer großer ausländischer Zeitungen. Sein Aufsatz, enthaltend neue wichtige Ergebnisse auf dem Gebiet des Magnetismus, in einer der jüngsten Nummer von „Elektrotechnik und Maschinenbau“ hat Aufsehen in Fachkreisen erregt. Während der Diktatur beschäftigte er sich mit der Lösung des rein theoretischen Problems der technischen Betriebsvereinigungen und mit dem Plane der Errichtung eines groß angelegten „Laplow Laboratoriums“.

8. Georg Anistor, Landarbeiter, typischer Vertreter der klug denkenden, trotzigen, verdächtigten Proleten. Er war Sekretär der Landarbeitergewerkschaft und Schriftleiter ihres Blattes „Bolschewik“.

9. Dr. Alexander Szabados, bekannter Fachschriftsteller, gewesener Vorsitzender-Stellvertreter des Schriftsteller- und Journalistenvereins „Dithon“, hervorragender Uebersetzer, hat u. a. die ausgezeichnete Uebersetzung des kommunistischen Manifestes besorgt.

10. Carl Bantus, alter bewährter Kämpfer der Arbeiterbewegung, gewesener Sekretär des Zentralverbandes der Sozialdemokratischen Partei, Schriftleiter des Fachorgans der Zimmermannsgewerkschaft.

Die ungarische Regierungskrise

Budapest, 11. Juli.

Der Reichsverweser beauftragte den Grafen Stijas Beichlen, behufs Lösung der Regierungskrise mit den Parteien Fühlung zu nehmen.

Landarbeiterstreik in Pommern. Am Sonntag sind die Landarbeiter im Kreise Schivelbein in den Streik getreten.

Beendigung des Metallarbeiterstreiks im Saargebiet. Der Metallarbeiterstreik ist beendet. Die Arbeitgeber und Arbeitnehmer vereinbarten gestern die Wiederaufnahme der Arbeit. Die Streiktage werden nicht bezahlt. Es finden keine Maßregelungen statt.

Militärdiktatur oder Soziale Revolution

Von Michael Bakunin.

Diese Klossen schrieb Bakunin 1871. Sie sind dem Buch „Militärdiktatur oder Soziale Revolution“ entnommen. Die „Neuen Blätter“ bringen ein Kapitel daraus als Beitrag zur Deutschen Revolution 1918. Nachdruck ist hiesiger Verlag.

Vertrauen wird nur durch Vertrauen gewonnen. Hat das Bürgertum jedoch das geringste Vertrauen zum wertvollen Volk bewiesen? Welt, weit gefehlt! Seine früheren und jetzigen Taten beweisen im Gegenteil, daß sein Mißtrauen gegen die Arbeiter alle Grenzen überschritten hat. Das geht so weit, daß in einem Augenblick, wo das Interesse, das Hell Frankreichs offensichtlich die Bewaffnung des ganzen Volkes erfordert, die Bürger sich geweigert haben, ihnen Waffen zu geben. Erst als die Arbeiter mit Gewalt drohten, mußten sie nachgeben. Aber nachdem sie ihnen die Gewehre ausgeliefert hatten, machten sie alle möglichen Anstrengungen um ihnen die Munition vorzuenthalten. Sie mußten zum zweitenmal nachgeben, und jetzt, wo die Arbeiter bewaffnet sind, werden sie in den Augen der Bürger nur noch gefährlicher und verabscheuungswürdiger.

Aus Haß und Furcht vor der Arbeiterklasse haben die Bürger nie eine Republik gewollt, noch wollen sie sie jetzt. Vergessen wir nie, lieber Freund, daß in allen großen Städten Frankreichs, in Marseille, Lyon, Paris, nicht die Bürger, sondern die wertvolle Bevölkerung, das heißt die Arbeiter, die Republik ausgerufen haben, und daß in Paris nicht einmal die paar eifrigen und unersöhnlichen Republikaner der Kammer, die heute fast sämtlich in der Regierung der Nationalen Verteidigung sitzen, sondern die Arbeiter von Willette und Belleville, und zwar gegen den deutlich ausgesprochenen Wunsch und Wunsch dieser seltsamen Republikaner von gestern, die Republik ausriefen. Das rote Geplänkel, die Fahne des revolutionären Sozialismus, das von den Herren Bürgern im Juni begangene Verbrechen, hat ihnen den Gehmaß an der Republik verborben. Wir wollen nicht vergessen, daß, als am 4. September die Arbeiter von Belleville Herrn Gambetta begegneten und ihn mit den Ruf begrüßten: „Es lebe die Republik!“, er mit den Worten antwortete: „Ich sage Euch, es lebe Frankreich!“

Verteuchte ich etwa die Bürger? Du weißt sehr wohl, lieber Freund, daß ich es nicht tue. Und überdies gibt es jetzt einen

offensichtlich unwiderlegbaren Beweis für die Wahrheit und Gerechtigkeit meiner Ansichten gegen die Bürger. Ihr schlechter Wille und ihre Gleichgültigkeit haben sich in der Geldfrage nur zu sehr offenbart. Jeder weiß, daß die Finanzen des Landes verfallt sind; daß kein Sou in den Kassen dieser Regierung der Nationalen Verteidigung zu finden ist, welche die Herren Bürger jetzt mit so brennendem Eifer und Interesse zu unterstützen scheinen. Jeder sieht ein, daß diese Regierung außerstande ist, die Kassen auf dem gewöhnlichen Wege der Anleihen und der Steuer wieder zu füllen. Eine irreguläre Regierung außerstande ist, die sinden, und der Steuerertrag ist gleich Null geworden. Ein Teil Frankreichs, der die reichsten Industriezweige umfaßt, ist befehligt und der gerechtfertigten Ausbeutung durch die Preußen preisgegeben. In allen übrigen Teilen sind Handel, Industrie, familiäre geschäftliche Beziehungen zum Stillstand gekommen. Die indirekten Steuern ergeben nichts oder so gut wie nichts mehr. Die direkten Steuern werden mit unermesslicher Schwierigkeit und verzweifelter Langsamkeit eingetrieben. Und das in einem Augenblick, wo Frankreich aller seiner Hilfsquellen und seines ganzen Kredits bedürfte, um die außerordentlichen, jedes Maß übersteigenden und ins Kleinsten wachsenden Ausgaben der Nationalen Verteidigung zu bestreiten. Auch wer alles andere als Geschäftsmann ist, muß einsehen, daß Frankreich, wenn es nicht sofort Geld, viel Geld findet, nicht imstande ist, seine Verteidigung gegen die preussische Invasion fortzusetzen.

Niemand sollte das besser verstehen als die Bürger, die ihr ganzes Leben damit verbracht haben, Geschäfte zu machen, und die keine andere Macht anerkennen als die des Geldes. Da Frankreich sich das ganze Geld, das zu seiner Rettung erforderlich ist, nicht mehr durch die gesetzmäßigen Staatsmittel verschaffen kann, sollten die Bürger auch einsehen, daß es das Recht und die Pflicht hat, das Geld da zu nehmen, wo es sich findet. Und wo findet es? Sicherlich nicht in den Taschen dieses unglücklichen Proletariats, dem die bürgerliche Geldgier kaum die Möglichkeit läßt, sich zu ernähren; es befindet sich also einzig und allein und ausschließlich in den Geldtaschen der Herren Bürger. Sie allein halten das zur Rettung Frankreichs notwendige Geld zurück. Haben sie auch nur einen Teil davon freiwillig und aus eigenem Antrieb gespart?

Ich werde auf diese Geldfrage, lieber Freund, zurückkommen, sie ist die Hauptfrage, wenn es sich darum handelt, zu prüfen, ob und wie weit die Gefühle, die Prinzipien und der Patriotismus

der Bürger aufrichtig sind. Allgemeine Regel: willst Du uns fehlbar erkennen, ob der Bürger ernsthaft diese oder jene Sache will, so frage, ob er Geld geopfert hat, um sie zu erreichen. Denn sei überzeugt: wenn die Bürger etwas leidenschaftlich wollen, schrecken sie vor keinem Geldopfer zurück. Haben sie nicht ungeheure Summen verkleubert, um im Jahre 1848 die Republik zu stützen, zu erdroffeln? Und haben sie nicht später allen Steuern und Anleihen, die Napoleon III. von ihnen verlangte, begeistert zugestimmt und in ihren Geldtaschen aus Fabelhafte grenzen Summen gefunden, um diese Anleihe zu zeichnen? Kurz, schlage ihnen vor, zeige ihnen den Weg, in Frankreich eine gefestigte, starke und reaktionäre Monarchie wieder aufzurichten, die ihnen neben der aber alles geliebten öffentlichen Ordnung und Ruhe auf den Straßen die wirtschaftliche Vorherrschaft zurückgibt, das kostbare Recht, das Elend des Proletariats scham- und schmerzlos unter dem Schutze der Gehehe systematisch auszubeuten, und Du wirst sehen, ob sie sich knauerlich zeigen werden!

Verpflicht ihnen nur, wenn erst die Preußen vom französischen Gebiet vertrieben sind, die Wiederherstellung dieser Monarchie, sei es unter Heinrich oder einem Herzog von Orleans oder selbst unter einem Nachkommen des schändlichen Bonaparte, und überzeuge dich recht, daß sie sofort ihre Geldtaschen öffnen und sie dort alle zur Vertreibung der Preußen notwendigen Mittel vorfinden werden. Aber man verheißt ihnen die Republik, die Herrschaft der Demokratie, die Souveränität des Volkes, die Befreiung des Proletariats, und sie wollen um keinen Preis von eurer Republik oder dieser Emanzipation etwas wissen, und sie beweisen es dadurch, daß sie ihre Geldtaschen verschlossen halten und keinen Sou opfern.

Und man empfiehlt dem Volke, zu diesem Bürgertum Vertrauen zu haben! Es hat die Sitte, den Enghirnigen dieses Vertrauen zu fordern. Die Bürger möhen sich an, diese Republik, die sie im Innersten ihres Herzens verfluchen, selbst zu regieren und zu verwalten. Im Namen der Republik bemühen sie sich, ihre vorübergehend erschütterte Autorität und Vorherrschaft wiederherzustellen und zu festigen. Sie haben, sich aller Reizt bemächtigt, alle Stellen besetzt und nur wenige einer kleinen Zahl von abtrünnigen Arbeitern überlassen, die überglücklich sind, unter den Herrn Bürgern zu sitzen...

